

Der Vorsitzende, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eröffnet um 13.10 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz.

Er stellt fest, dass der Gemeinderat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meine geschätzten Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie! Ich möchte Sie alle ganz, ganz herzlich zur heutigen Budgetgemeinderatssitzung begrüßen. Ich darf diese eröffnen, feststellen, dass der Gemeinderat wie immer ordnungsgemäß einberufen wurde und dass wir auch beschlussfähig sind. Bevor wir zum Vortrag unseres Finanzreferenten kommen, ist es aber auch notwendig, einen Antrag zu stellen. Ich bedanke mich, dass alle Fraktionen im Vorfeld sich wieder darauf geeinigt haben, wie lang denn die Redezeiten jeweils dauern sollen und ich darf Frau Klubobfrau Daniela Gmeinbauer bitten, den Antrag zu stellen, den wir dann abzustimmen haben.

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregierung, werter Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf hier den Antrag gemäß § 26b in Verbindung mit § 20 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wie folgt den Antrag stellen: Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge für die heutige Sitzung folgende maximale Redezeiten im Rahmen der Erörterung und Beschlussfassung des Budgets für die Jahre 2015 und 2016 wie folgt beschließen: Beiträge im Rahmen der Generaldebatte 20 Minuten, Beiträge im Rahmen der Spezialdebatte zehn Minuten, Beiträge der Stadtsenatsreferenten 20 Minuten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ein Doppelbudget, das möglich geworden ist, weil wir vom Land Steiermark auch nach unserem Antrag hin die Genehmigung dafür bekommen haben, auch künftig Doppelbudgets abstimmen zu dürfen. Wir legen wieder den Rahmen dafür fest, wie wir gemeinsam mit unseren Betrieben und mit der gesamten Verwaltung die nächsten zwei Jahre auch arbeiten können. Gleich im Vorfeld möchte ich mich bei unserem Finanzreferenten und seinem Team bedanken. Ein Doppelbudget heißt auch in der Vorbereitung doppelt so viel Arbeit. Es ist alles rechtzeitig fertig geworden, dafür vorweg schon ein großes Dankeschön und ich darf nun unseren Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi, ersuchen, uns dieses Doppelbudget vorzustellen (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Stadtregierung, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Gäste auf der Galerie!

In der Politik geht es um Weichenstellungen, welche die Lebensumstände von Hunderttausenden von Menschen beeinflussen. Privat und beruflich. Mein großer Respekt vor dieser Verantwortung prägt bis heute meine Überlegungen und Entscheidungen.

Bevor ich Ihnen die wichtigsten Daten des Doppelbudgets für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 vorstelle, erlauben Sie mir einige persönliche Anmerkungen zur politischen Verantwortung.

Was ist das eigentlich, diese so oft zitierte „politische Verantwortung“?

Ist sie vergleichbar mit der eines Familienvaters, nur dass die „Familie“ des Politikers um ein Vielfaches größer ist? Woran lässt sich die Qualität politischer Arbeit überhaupt messen außer an Wählerstimmen? Wo doch die Erwartungen so vielfältig und widersprüchlich sind wie die Menschen und deren Bedürfnisse. Ist die gesellschaftliche Moral der wichtigste Maßstab für politische Entscheidungen oder doch die aktuelle ökonomische Vernunft? Wie wird das, was heute populär ist, die Generationen von morgen betreffen? Oder ist das Wesentliche der politischen Arbeit ohnehin das, was morgen darüber in Zeitungen und Online-Foren steht?

Ich sehe es wie die große Publizistin Hannah Arendt, nämlich dass die politische Verantwortung die Antwort auf existenzielle Herausforderungen ist. Wer politisch handelt, muss bereit sein, sich über private Interessen hinaus auf gemeinsame Belange in einer gemeinsamen Welt einzulassen und auch Mühen durchzustehen.

In diesem Sinne haben sich drei in dieser Stadtregierung vertretene Parteien – ÖVP, SPÖ und FPÖ – nach der letzten Gemeinderatswahl auf einen gemeinsamen Budgetkurs geeinigt und sich – freiwillig – dazu verpflichtet, eine Schuldenobergrenze in Höhe von 1,33 Milliarden Euro nicht zu überschreiten.

Wir haben dieses Arbeitsübereinkommen optimistisch Stabilitätspakt genannt, um den Grazerinnen und Grazern zu signalisieren, dass sie sich auf dieses vereinbarte Zusammenwirken dreier politischer Parteien verlassen können. Weit gefehlt: Der Pakt war noch keine eineinhalb Jahre alt, da war es bereits um seine Stabilität geschehen. Um seine Partei „aus einer emotionalen Zwangsjacke zu befreien“, so wurde Stadtrat Eustacchio damals zitiert, hat die FPÖ der Presse lautstark das Ende ihrer Paktfähigkeit verkündet.

Die knappen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat gaben natürlich gleich Anlass für erste Neuwahl-Spekulationen – weil es nun keine gesicherte Mehrheit für das Budget mehr geben werde. Stand jedenfalls so zu lesen.

In den folgenden Monaten ging es daher darum, neben der Stabilität der städtischen Finanzen eine andere, ebenso wichtige Form der Stabilität sicherzustellen: die politische Stabilität. Wer behauptet, hier gehe es nur um Machterhalt, glaubt

wahrscheinlich auch, dass es Wählerinnen und Wähler freut, wenn Politikerinnen und Politiker streiten und einander mit Neuwahlen drohen, anstatt ordentlich zu arbeiten. Wir wissen, was vorgezogene Neuwahlen bedeuten: Übergangshaushalte und monatelangen Stillstand. Unsere Stadt kann sich aber keinen Stillstand leisten, denn sie lebt und wächst weiter. 160.000 Menschen finden hier Arbeit, 60.000 studieren an unseren Unis und die 16.000 in Graz ansässigen Unternehmen bezahlen pro Jahr 120 Millionen Euro Kommunalsteuern. Sie alle – ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber, Selbstständige und Studierende, aber auch die 34.000 Kinder und Jugendlichen unter 14 und die 43.000 Seniorinnen und Senioren über 65 – sie alle haben sich stabile Verhältnisse verdient.

Wenn wir in Zusammenhang mit unserem Budget von „Schulden“ reden, sollten wir nicht nur über das reden, was wir den Banken „schulden“.

In erster Linie ist das Haus Graz den Steuer- und GebührenzahlerInnen etwas schuldig. Sie finanzieren mit ihren Beiträgen die Verwaltung, Wirtschaftsdienste, öffentlichen Verkehr, Sozial- und Gesundheitswesen, Bildung und Kultur und vieles mehr.

Unsere Leistungen stimmen: Die Europäische Union hat Anfang 2013 eine Untersuchung zur Lebensqualität in den 79 größten Städten der EU veröffentlicht. Graz hat dort – noch vor der Bundeshauptstadt Wien – den 14. Platz belegt. Was die Qualität der öffentlichen Dienste und die Effizienz der Verwaltung angeht, liegt Graz in dieser Studie sogar an fünfter beziehungsweise achter Stelle.

Gemessen an der Bandbreite der städtischen Aufgaben ist das Haus Graz ein Universal-Provider. Wir versorgen die Menschen in dieser Stadt nicht nur mit Wasser, Energie und Kommunikationsdiensten, sondern in nahezu allen Lebensbereichen: vom Kindergarten bis zur Geriatrie, von der Tramway bis zum Flughafen, vom Stadionrasen bis zur Opernbühne und von der Pflege des Weltkulturerbes bis zur Unterstützung innovativer Start-ups – um nur einige Beispiele zu nennen. Und die Stadt stellt mit einem 719 Kilometer langen Kanalnetz und der Müllabfuhr auch die gesamte Entsorgung sicher.

Die Erfüllung dieser Aufgaben, die Sicherstellung aller dafür nötigen Dienste, die Erhaltung und Erweiterung einer leistungsfähigen Infrastruktur – auch das bedeutet Stabilität. Eine Stabilität, die sich die Grazerinnen und Grazer von ihren politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern erwarten.

Der Weg zum Doppelbudget für die Jahre 2015 und 2016 war ein steiniger. Dass wir zu Beginn des Arbeitsübereinkommens einen Partner in Zwangsjacke dabei hatten, ich zitiere Mario Eustacchio, war natürlich ein großer Rückschlag.

Wir haben daraus gelernt. ÖVP und SPÖ haben daher für dieses Budget nach neuen Partnerinnen und Partnern gesucht und nicht in den Grünen, aber in der zweitstärksten Gemeinderatsfraktion, der KPÖ, eine gute Partnerin gefunden. An dieser Stelle möchte ich Stadträtin Elke Kahr für die konstruktiven Gespräche und die Bereitschaft zur Verantwortung herzlich danken (*Applaus ÖVP*).

Weil immer wieder davon die Rede ist, dass ÖVP und SPÖ für die Zustimmung der KPÖ einen hohen „Preis“ bezahlen haben müssen, darf ich eines hier klarstellen: Weder sind wir einkaufen gegangen, noch hat sich die KPÖ einkaufen lassen. Der Wunsch nach einem Miteinander war schon zu Beginn der Verhandlungen spürbar. Zugegeben: 500 zusätzliche Gemeindewohnungen und Wohnhaussanierungen, ein Jahresticket für die Graz-Linien zum Preis einer Halbjahreskarte und der Verzicht auf zweijährige Gebührenerhöhungen waren mit dem eingeschlagenen Sparkurs schwer vereinbar. Aber es sind Maßnahmen, die vor allem sozial Schwächere in der Stadt treffen und für die sich eine Partei, die das Wort „Volk“ in ihrem Namen hat, sicherlich nicht „verbiegen“ muss.

Es stimmt, dass die Budgetpartner ÖVP, SPÖ und KPÖ – gemeinsam – für dieses Budget der stabilen politischen Verhältnisse einen Preis bezahlen. Der Wert ist höher als der Preis und er kommt zur Gänze den Menschen in unserer Stadt zugute.

Was bedeutet nun das Verhandlungsergebnis konkret für unsere Gebarung in den nächsten beiden Jahren? Als Erstes darf ich Ihnen den Umfang der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung zeigen. Wir sind wie immer bei dieser Darstellung ausschließlich beim Budget der Stadt Graz, also noch ohne Beteiligungen.

Wir bleiben in der Stadt Graz, damit 2015 und 2016, wie Sie sehen, knapp unter der Ein-Milliarden-Euro-Grenze bis zum Jahr 2016.

Zu den laufenden Einnahmen: Wenn wir uns die laufenden Einnahmen anschauen, so zeigt sich bei den Ertragsanteilen des Bundes nach einem leichten Rückgang im kommenden Jahr zwar 2016 ein Anstieg, der aber nicht dem tatsächlichen Bevölkerungswachstum gerecht wird. Die aktuellen Berechnungsformeln, auf denen der Verteilungsschlüssel im Finanzausgleich beruht, benachteiligen Graz als stark wachsende Stadt in einem kaum wachsenden Bundesland.

Die Einwohnerzahl von Graz ist in den zwölf Jahren zwischen 2001 und 2013 um rund 20 Prozent gestiegen, mehr als in jeder anderen Landeshauptstadt. Leider aber liegt das Bevölkerungswachstum in der Steiermark im selben Zeitraum nur bei knapp drei Prozent. Steiermark liegt damit an vorletzter Stelle aller Bundesländer. Daher fallen unsere Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich durch das Bevölkerungswachstum im Vergleich bescheidener aus als jene von weniger wachsenden Städten wie in den wachstumsstarken Bundesländern wie zum Beispiel Niederösterreich oder Tirol.

Ausgerechnet am Tag der Auflage dieses Doppelbudgets wurde uns vom Land mitgeteilt, dass unsere vor zwei Jahren errechneten Ertragsanteile um rund zehn Millionen Euro pro Jahr nach unten revidiert werden müssen. Insgesamt verlieren wir für unsere mittelfristige Finanzplanung im Zeitraum von 2014 bis 2018 nicht weniger als 70 Millionen Euro. Dies ist übrigens auch die Folge der Gemeindezusammenlegungen in der Steiermark, die unsere Ertragsanteile bis zu vier Millionen Euro jährlich reduzieren.

Die von der Bundesregierung geplante Steuerreform könnte ab 2016 für Graz rund 20 Millionen Euro weniger Ertragsanteile pro Jahr bedeuten. Es sei denn, es erfolgt eine Kompensation auf der Ausgabenseite oder es folgt die längst überfällige Reform der Grundsteuer, die dann zu Mehreinnahmen für die Stadt führen kann.

Wir werden uns mit aller Kraft weiter auch gegen die Ungleichbehandlungen im Finanzausgleich wehren müssen. Ich habe Ihnen die Ertragsanteile pro Kopf der

Bevölkerung einiger Städte zum Vergleich gegenübergestellt. In dieser Aufstellung ist Graz das Schlusslicht mit pro Jahr 1.120 Euro pro Kopf. Alle anderen Städte bekommen mehr Ertragsanteile pro Kopf bis zum Spitzenwert von Salzburg von 1.355 Euro pro Jahr. Sie müssen sich vorstellen, die Stadt Salzburg bekommt pro Kopf um 230 Euro mehr als die Stadt Graz. Wenn wir nur 100 Euro mehr Ertragsanteile pro Kopf ansetzen, dann hätten wir pro Jahr 27 Millionen Euro mehr in unserer Kasse. Das ist eine sehr starke Ungerechtigkeit, übrigens was hier nicht zum Ausdruck kommt, diese Ungerechtigkeit verschärft sich, wir haben die Daten von 2011 und 2013 verglichen und haben festgestellt, dass die Schere, selbst in diesen zwei Jahren, also in einem relativ kurzem Zeitraum weiter auseinandergeht.

Zwischenruf GR. Hötzl: Wer hat so schlecht verhandelt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sicher nicht die FPÖ, weil die überhaupt nicht dabei war bei diesen Verhandlungen und dort auch offensichtlich nicht gebraucht wurde (*Applaus ÖVP*).

Diese ungleiche Geldzuteilung pro Kopf aus dem bundesweiten Steuertopf ist nach einer Studie von Johann Brötthaler von der TU Wien vor allem auf Fixschlüssel zurückzuführen, mit denen die Abschaffung der Gewerbesteuer, der Vermögenssteuer und anderer kompensiert wurde. Die relative Schlechterstellung von Graz hat sich, wie gesagt, noch verstärkt. Die Finanzdirektion hat deshalb das Institut für Finanzrecht der Universität Graz beauftragt, die Verfassungsmäßigkeit dieser Ungleichbehandlung unserer Stadt zu prüfen und wir werden diese Ergebnisse, je nachdem wie sie ausfallen, auch mit in die Finanzausgleichsverhandlungen mitnehmen.

Wir kommen damit zu den Eckwerten, das sind die Arbeitsbudgets der einzelnen Magistratsabteilungen.

Dass die Arbeitsbudgets aller Abteilungen trotz Sparkurs in Summe steigen, liegt in den Ausgabenerfordernissen, die auch mit dem schon mehrmals erwähnten rasanten Wachstum der Stadt zu tun haben. Wachstum ist auch das Stichwort für die nächste Übersicht.

Sie sehen hier die drei Abteilungen, Magistrat, deren Eckwerte von 2014 auf 2015 am stärksten steigen werden. Die Sozialausgaben wachsen vor allem wegen der steigenden Zahl der Anspruchsberechtigten bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung und den damit verbundenen freiwilligen Sozialleistungen sowie beim Betreuten Wohnen. Die geplante Ausweitung der Kinderbetreuung und der Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen schlagen sich in der Budgetausweitung der Abteilung für Bildung und Integration zu Buche. Die Jahreskarten-Subvention in geplanter Höhe von vier Millionen Euro ist bei der Finanzdirektion veranschlagt. Es wird sich weisen, ob diese Subvention unterm Strich durch Mehreinnahmen der Holding-Linien aus den erwarteten Mehrverkäufen an Jahreskarten zumindest teilweise kompensiert wird.

Einen großen Anteil an den Eckwerten macht der Personalaufwand aus. Die Personalkosten steigen nach wie vor, obwohl, wir wie vereinbart, keine automatischen Nachbesetzungen in den nächsten zwei Jahren vornehmen werden. Ich weise aber darauf hin, dass diese Grafik auf einem Basiswert 130 Millionen Euro aufbaut, weil dadurch das Abflachen der Kurve von 2014 auf 2015 im Vergleich zur Erhöhung von 2013 auf 2014 besser erkennbar wird. Das heißt: Die Personalkosten der Stadt Graz sollten – auch selbstverständlich bei Einhaltung aller dienstrechtlichen Verpflichtungen – im kommenden Jahr um weniger als ein Prozent steigen.

Wie sieht es nun mit unserer Liquidität aus? Diese Grafik bildet nicht nur die Stadt, den Magistrat, sondern das gesamte Haus Graz ab. Der laufende Cashflow nach Zinsen ist so etwas, wie das Betriebsergebnis des gesamten Hauses Graz. Und hier

sehen wir deutlich, dass wir 2014 und 2015 im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2013 jedes Jahr um acht Millionen Euro weniger Ergebnis machen.

Dafür gibt es drei Gründe, nämlich

1. das geringer als geplant ausfallende Wachstum bei den Ertragsanteilen,
2. den zweijährige Gebührenstopp und
3. die gestiegenen Eckwerte der Magistratsabteilungen.

Erst 2016 dürfen wir wieder mit einer leichten Erholung rechnen.

Wir kommen zu den Investitionen:

Wir haben zwar einen positiven Cashflow also ein positives Betriebsergebnis, der Cashflow reicht aber nicht aus, um die Investitionen der nächsten beiden Jahre zu finanzieren. Das heißt: Wenn wir nicht auf dringend notwendige Investitionen in den Ausbau der Schulen, in den Pflegebereich, in den sozialen Wohnbau, den öffentlichen Verkehr und auch die Sanierung von Stadion und Eishalle Liebenau verzichten wollen, müssen wir zusätzliche Kredite aufnehmen. Wir wollen als Haus Graz in den nächsten beiden Jahren in Summe 216 Millionen Euro investieren.

Wie wird sich das auf unseren Schuldenstand auswirken, das zeigt die nächste Graphik.

Hier sehen Sie zunächst die Entwicklung bis zum Jahr 2016. Ich möchte hier ganz dezidiert festhalten, dass wir auch 2016 noch die im Stabilitätspakt von 2013 selbst verordnete Obergrenze von 1,33 Milliarden Euro einhalten, wir bleiben also in den kommenden Jahren innerhalb der im Stabilitätspakt vereinbarten Ziele. Erlauben Sie mir hier eine kleine Veranschaulichung zu dem Schuldenstand. Wir alle sind über die Medien tagtäglich mit Milliardenbeträgen konfrontiert, die wenigsten von uns können einen Begriff von den tatsächlichen Größenordnungen haben, um die es hier geht. Ich darf ein paar Vergleiche anstellen.

Im Februar dieses Jahres haben Experten den Gesamtschaden der Hypo Alpe Adria für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit voraussichtlich 13 Milliarden Euro beziffert – das Zehnfache des Schuldenstandes der Stadt Graz.

Der Vergleich funktioniert zwar in Zahlen, es gibt aber einen entscheidenden Unterschied: Graz hat kein Geld verspekuliert und unwiederbringlich verloren, sondern welches geliehen und damit bleibende Werte geschaffen, von denen noch mehrere Generationen nach uns profitieren werden (*Applaus ÖVP*).

Ein anderer Vergleich:

Um eine Summe von 1,3 Milliarden klein aussehen zu lassen, könnte man auch einen wirtschaftlichen Vergleich heranziehen: 1,3 Milliarden Euro sind etwas weniger als der Umsatz des Unternehmens Apple binnen drei Tagen. Jene Größenordnungen, denen wir als gewählte Politikerinnen und Politiker verpflichtet sein sollten, sind andere. 1,3 Milliarden Euro sind etwa so viel, wie 50.000 Menschen in Österreich in einem ganzen Jahr verdienen. Brutto. Dieser großen Verantwortung sind wir uns bewusst.

Ich behaupte also: Nicht die Beträge sind das Entscheidende. Es geht bei der Budgeterstellung am Ende um die Beantwortung von zwei Fragen.

Erstens: Sind die Ausgaben wirklich wichtig und dringend? Zweitens: Können wir sie uns leisten und auch finanzieren?

Meine Antwort lautet zweimal: Ja. Ja, weil wir die zusätzlichen Mittel nicht für den laufenden Betrieb, etwa für die Gehälter unserer Beschäftigten ausgeben, sondern für nachhaltige Investitionen, die die Zukunft unserer Stadt sichern. Und ja, weil wir den Zinsaufwand für unsere Verbindlichkeiten gut im Griff haben – der Zinsenanteil an unseren laufenden Einnahmen beträgt weniger als vier Prozent.

Ich zeige Ihnen jetzt die Vorschaurechnung für unsere mittelfristige Finanzplanung.

Hier sehen wir deutlich jene Entwicklung, die uns nach dem Doppelbudget 2015/2016 bevorsteht, wenn wir den Dingen ihren Lauf lassen. Und mit „Lauf lassen“ meine ich nicht willkürliche Mehrausgaben und zusätzliche Großprojekte, sondern das Beibehalten unseres derzeitigen Sparkurses. Ja, ich sage ganz bewusst Sparkurs, weil wir schon vieles erreicht haben. Aber noch nicht genug. Wir müssen die Ausnahmen vom Aufnahmestopp bei personellen Nachbesetzungen sehr, sehr kritisch betrachten, möglicherweise noch kritischer, als wir bisher annehmen und wir müssen uns in allen

Magistratsabteilungen und in allen Beteiligungen auch mit kleinen Details befassen und dürfen dabei keinen Bereich auslassen.

Wir dürfen auch keine Angst vor allenfalls unpopulären Maßnahmen haben. Ich möchte Ihnen gerne zwei Beispiele aus dem Gesundheitsbereich nennen. Brauchen wir tatsächlich in 200 Meter Luftlinie von einer Impfstelle des Landes Steiermark eine eigene solche Einrichtung oder wäre eine Kooperation für die Patientinnen und Patienten besser und sogar kostengünstiger? Braucht die Stadt wirklich angestellte Schulzahnärztinnen und Schulzahnärzte, obwohl junge niedergelassene Ärztinnen und Ärzte diese Aufgabe vielleicht gern übernehmen würden und das zu geringeren Kosten, als sie derzeit der Stadt entstehen?

Ich möchte die genannten Beispiele heute nicht als politische Forderung erheben. Es sind jedoch Fragen, mit denen uns Bürgerinnen und Bürger konfrontieren und für die wir Politikerinnen und Politiker plausible Erklärungen und die richtigen Antworten parat haben sollten.

Was ich mir wünschen würde, ist die ernsthafte Überprüfung aller laufenden Ausgaben und Kostenstellen, ohne dass von Vorneherein politische Tabuzonen aufgebaut werden. Eine solche flächendeckende Durchforstung sämtlicher Abteilungen, aber auch aller Beteiligungen, könnte nicht die Überschreitung der Schuldenobergrenze verhindern helfen, sondern auch wieder Spielraum für neue Projekte schaffen.

Die letzte Grafik zeigt die Gegenüberstellung von laufendem Cashflow nach Zinsen, also dem Betriebsergebnis und den Investitionen laut mittelfristiger Finanzplanung. Die jährlichen Schwankungen der Investitionen sind durch die aktuellen Projektplanungen bedingt. Aufgrund unserer Erfahrungen wird sich ein Teil der für 2014 und 2015 geplanten Ausgaben auf die folgenden Jahre verschieben und der Gesamtverlauf wird damit gleichförmiger sein. Trotzdem zeigt sich über den gesamten Zeitraum eine nennenswerte Lücke zwischen Investitionen und laufendem Cashflow. Dabei gibt es in den nächsten Jahren noch zusätzliche Investitionswünsche und vereinbarte Vorhaben, die noch nicht budgetiert sind. Dazu zählen zum Beispiel

weitere Schulausbauten, die Instandsetzung von Jugendzentren, die Südwestlinie und die Straßenbahnerschließungen von Reininghaus und Smart City, diese Verkehrsprojekte, die ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Land aus heutiger Sicht nicht finanzierbar erscheinen.

Wenn wir weiterhin viel in die Zukunft der Stadt investieren wollen, ohne dass die Schulden über die gezeigte Entwicklung hinaus steigen, haben wir in den Jahren 2015 und 2016 einiges zu tun, um nach 2017 den laufenden Cashflow wieder zu verbessern. Dies muss in erster Linie ausgabenseitig erfolgen. Darüber hinaus sollten wir aber alle Anstrengungen unternehmen, um in den Verhandlungen über den nächsten Finanzausgleich zu einem gerechteren Verteilungsschlüssel bei den Ertragsanteilen zu kommen. Schließlich sind es ja die Leistungen von in Graz ansässigen Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dem Bund jene Steuereinnahmen bescheren, von denen aktuell ein – aus unserer Sicht – zu kleiner Anteil wieder an Graz zurückfließt (*Applaus ÖVP*).

Ich schließe mit einigen Beispielen für das, was uns bewogen hat, auch 2015 und 2016 nicht auf die Schaffung nachhaltiger Werte zu verzichten und in die Zukunft der Stadt zu investieren. Wir werden in den nächsten beiden Jahren 14 Millionen für die Verlängerung der Linie 7 ins Stiftingtal ausgeben. Wir werden insgesamt bei den Holding Services 34,5 Millionen Euro investieren, im Abwasser- und Wasserbereich, im Straßendienst, der Abfallentsorgung sowie in der Grünraumpflege. Wir werden insgesamt 25 Millionen Euro für die Sanierung der Eishalle und des Stadions aufwenden, wobei die Hälfte davon 12,5 Millionen als Zuschuss vom Land kommen wird. Wir investieren 11,3 Millionen Euro in die Geriatrischen Gesundheitszentren. Der soziale Wohnbau als ein Schwerpunkt in den nächsten Jahren wird mit 24,4 Millionen Euro dotiert für Investitionen, hier das Beispiel aus der Jauerburggasse. Im Schulausbau sind knapp 23 Millionen Euro vorgesehen, das ist die neue Schule in der Panoramagasse. Die soll als Beispiel für unsere Investitionen in die Zukunft dienen.

Ich komme zum Ende: Ob privater oder öffentlicher Haushalt: jedes Budget ist ein Vorhaben. Es bildet ab, was man sich für einen bestimmten Zeitraum an Ausgaben vorgenommen hat und was man an Einnahmen erwartet. Nicht immer entwickelt sich alles wie erwartet. Manchmal läuft es besser als gedacht und manchmal nicht ganz so gut.

Als Finanzstadtrat ist es meine Aufgabe, die politischen Wünsche aller Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung so unter einen Hut zu bringen, dass alle damit leben können und wir nie das Wohl jener aus den Augen verlieren, in deren Vertretung wir hier sitzen – der Grazerinnen und Grazer. Dass beides – sparsames Haushalten und vorausschauendes Investieren – in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, ist das Wesen einer guten Finanzpolitik.

Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen das Meine dazu beigetragen. Ohne das kompetente und einsatzfreudige Team unserer Finanzdirektion hätten wir dieses Doppelbudget aber nicht zustande gebracht (*Applaus ÖVP*). Ich danke daher namentlich unserem Finanzdirektor Dr. Karl Kamper und seinem Team. Mit Team meine ich dieses Mal wirklich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzdirektion, die hervorragende Arbeit bei der Erstellung des Doppelbudgets geleistet haben. Ich darf da zunächst einmal neben dem Finanzdirektor Michael Kicker und Mag. Robert Günther nennen, die in den letzten Wochen und Monaten am intensivsten mit dem Zahlenwerk beschäftigt waren (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte aber hier an dieser Stelle einmal alle Personen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzdirektion nennen, die selbstverständlich ihren großen Anteil haben, die sind zum Teil auch hier auf der Galerie, ich darf sie herzlich begrüßen. Es sind das in alphabetischer Reihenfolge Mag. Heinz Albrecher, Claudia Baravalle, Mag. Walter Kromberger, Mag.^a Anneliese Lässer, Herr Müller Gert, Mag. Gerald Nigl, Frau Pichler Rosemarie, Herr Georg Pöllibauer, die Abteilungsleiterstellvertreterin Mag.^a Susanne Radocha, Herr Steiger Walter, Mag.^a Ulrike Temmer und Frau Gabriele Zinkanell im Büro (*Applaus ÖVP*).

Mein Dank für die tatkräftige Mitwirkung gilt natürlich auch allen Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie den Geschäftsführungen unserer Gesellschaften und Beteiligungen des Hauses Graz. Last but not least danke ich den Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung für ihr Mitwirken.

Um dieses Mitwirken im Interesse der Stadt und ihrer Menschen ersuche ich auch jene, die schon vor der heutigen Debatte beschlossen haben, nicht mitstimmen zu können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank an unseren Finanzreferenten. Bevor wir nun zur Generaldebatte kommen, muss ich noch etwas nachholen, es gibt eine Mitteilung betreffend die Gleichbehandlungskommission des Landes Steiermark.